

Die Welt nach Fukushima – Teil 2: Undemokratische Berufe

geschrieben von Lüdecke | 27. März 2013

Zur Zeit der Reaktorkatastrophe von Fukushima war Naoto Kan Premierminister in Japan. Seine Analyse in „Die Welt nach Fukushima“ hat mir klar gemacht, dass die Kernenergie auch ein demokratisches Desaster ist.

Der japanische Soziologe Eiji Oguma erklärt, der Mensch könne die Kernenergie nur schwer beherrschen, es sei vielleicht nicht unmöglich, aber unvereinbar mit der Demokratie. „Das funktioniert nur mit großer Macht. Mit einer Macht, die über alle Gesetze hinausgeht.“

Anschließend erklärt Naoto Kan, wenn man die Kernenergie weiter betreibe, sei das, als würde man von Leuten verlangen, ihr Leben für ihr Land zu opfern. Während der Katastrophe waren die Mitarbeiter von Tepco bereit, vor Ort zu bleiben und wenn nötig bis zum Außersten zu gehen. Vielleicht hätte er den Mitarbeitern von Tepco gegen deren Willen befehlen müssen in Fukushima zu bleiben. Dies wäre undemokratisch gewesen.

Natürlich! Warum bin ich da nicht selbst drauf gekommen? Im Falle einer Reaktorkatastrophe, müssen Menschen vielleicht gezwungen werden ihr Leben zu opfern für das Leben anderer Menschen. Zwar ist bis heute, weder bei der Bevölkerung noch bei den Angestellten von Fukushima, ein einziges Todesopfer durch Strahlung zu beklagen- aber das hätte ja passieren können! Wenn das nicht undemokratisch ist, was denn dann? In einem Kernkraftwerk ist im extrem seltenen Katastrophenfall damit zu rechnen, dass Mitarbeiter ihr Leben riskieren und es vielleicht verlieren. Doch das ist nicht das einzige Beispiel in unserer Gesellschaft, in der im Katastrophenfall Menschen für andere Menschen ihr Leben lassen müssen. Unser Staat hat es zugelassen, dass eine geldgierige Lobby in Deutschland eine Hochrisikotechnik etabliert hat, die sich demokratischer Kontrolle vollständig entzieht. Obwohl die Gefahren dieser Technologie hinreichend bekannt sind, tut der Staat nichts gegen diese Technologie. Vertreter, Anhänger und Nutznießer ziehen sich sogar bis in die höchsten Kreise der Politik. Zum Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren dieser infernalischen Technologie unterhält der Staat eigens eine Einrichtung, in der Menschen ausgebildet und angestellt werden, um leichtsinnig und absichtlich ihr Leben zu geben für den Fall katastrophaler und unvermeidlicher Unfälle. Der Staat nennt diese Einrichtung euphemistisch Feuerwehr.



Bild 1: Sogenannte Feuerwehrleute riskieren ihr Leben für die Hochrisikotechnologie Architektur

Diese sogenannte Feuerwehr hat nur den einzigen Zweck, Menschen vor den Gefahren der Architektur zu beschützen. Die Architektur ist eine Hochrisikotechnologie, aus der wir so schnell wie möglich aussteigen müssen.

Jedes Jahr sterben in Deutschland Feuerwehrleute in Ausübung ihrer undemokratischen Pflicht, unschuldige Menschen vor den unverantwortlichen Gefahren der Architektur zu bewahren. Und selbst das gelingt ihnen nicht immer. Immer wieder sterben Unschuldige in den Flammen. Der Machbarkeitswahn der Architekten führte zur Illusion einer sicheren Technologie, doch ein Restrisiko bleibt.

Und als sei diese staatlich organisierte Selbstaufopferungsmaschine noch nicht genug, pflegen unzählige Städte und Dörfer die verhängnisvolle Tradition der freiwilligen Feuerwehren, wo junge Menschen (sogar Minderjährige) darin unterrichtet werden ihr Leben für die technologischen Risiken der Architektur hinzugeben.

Um die unschuldigen Opfer dieser Gehirnwäsche in die Gefühlslage zu bringen, die für solch einen Einsatz nötig sind, werden sie durch exzessiven Alkoholgenuss bei sogenannten Feuerwehrfesten gefügig gemacht.

Dabei liegen die Alternativen auf der Hand: Blechhütten brennen nicht, und mit dem richtigen Willen ist es möglich, sämtliche Haushaltsgegenstände feuerfest zu machen. Wir müssen zu einer Architekturwende in Deutschland kommen. Die Maßnahmen sind einfach: Verbot eines Neubaus potentiell brennbarer Häuser und der Produktion brennbarer Einrichtungsgegenstände. Förderung des Baus feuerfester Gebäude aus Stahl, Blech und Aluminium.

Hinzu kommt die ungelöste Endlagerproblematik der Baumaterialien. Während Gebäude aus 100% Metall eingeschmolzen und somit nachhaltig wiederverwertet werden können, ist die Entsorgung von Bauschutt ein kompliziertes und umweltschädliches Verfahren.

Deutschland muss notfalls als Vorbild in der Welt vorangehen.

Die mächtige Baulobby, unterstützt von der mafiösen Abrisslobby wird Widerstand leisten, doch eine Architektonisch-Wirtschaftliche Wende ist unumgänglich um unsere Demokratie zu retten. Mit der richtigen Einstellung, können wir unsere Städtelandschaft bis 2040 demokratisieren und gegen die Gefahren der Architektur wappnen.



Bild 2: Das Haus der Zukunft. Für dieses gemütliche Heim muss kein Feuerwehrmann sein Leben riskieren.

Der Originalaufsatz (hier).